



I M R A T H A U S

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

02.07.02

Ergebnisse der Fraktionsberatungen am Montag, den 1. Juli 02

Presseerklärung

Nicht-Genehmigung des Haushaltes

Der Regierungspräsident hat unmissverständlich mitgeteilt, dass die Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes unzureichend sind und der Haushalt nicht genehmigungsfähig ist.

Davon war auch schon im Dezember auszugehen. Auch der CDU hätte klar sein müssen, dass die Annahme von 30 Millionen Euro aus der Gemeindefinanzreform als unrealistisch angesehen werden muss. Damit war in Dortmund wie im gesamten Ruhrgebiet klar, dass die Kommunen das Dilemma nicht aus eigener Kraft bewältigen konnten und die Anforderungen an die Bundesregierung weiter aufrechterhalten werden müssen, den Handlungsspielraum der Kommunen nicht weiter zu beschneiden, sondern eine solide Basis für die Wahrnehmung der kommunalen Aufgaben zu schaffen.

Ziel muss es angesichts der aktuellen Lage sein, eine Politik der Bescheidenheit umzusetzen. Notwendiges bedarf nach wie vor der Umsetzung, während Prestigeobjekte nicht mehr zu den Anforderungen der Zeit passen. Aus unserer Sicht heisst das, eine soziale Infrastruktur aufrechtzuerhalten, die letztlich dazu beiträgt, dass die Haushaltsprobleme nicht überdimensional werden. Ein gutes Beispiel ist die Diskussion um die Aufgabe von Hortplätzen, bei der für ein verhältnismässig geringes Einsparvolumen im städtischen Haushalt die planbare berufliche Zukunft betroffener Elternteile aufs Spiel gesetzt und damit letztlich eine größere Belastung des Haushalts hervorgerufen wird. Dies ist vor allen Dingen dann nicht legitim, wenn gleichzeitig für sogenannte Leuchtturmprojekte immer noch reichlich kommunale Gelder fliessen und CDU wie SPD diese Projekte mittragen. Dies gilt z.B. für Strassenbaumassnahmen oder die Endlosgeschichte der Überbauung des Hauptbahnhofes sowie die Subventionierung des Konzerthauses. Die Unglaubwürdigkeit der Sparpolitik wird aber auch an überflüssigen Ausgaben wie dem Redesign des Stadtdlers oder der missglückten Imagekampagne für das Dortmund-Projekt deutlich.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben in den vergangenen beiden Jahren Aufgabenkritik gefordert, um zu analysieren, welche Aufgaben neu bearbeitet und welche langfristig aufgegeben



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

oder in Kooperation mit Nachbarkommunen effizienter bewältigt werden können. Aufgabenkritik muss aber immer mit dem Ziel erfolgen, die soziale Infrastruktur nicht quantitativ und qualitativ zusammenzustutzen, während anderer Projekte ohne Einschränkungen fortgeführt werden.

Erschwerend kommt hinzu, dass einzelne Grossprojekte nur mit Teilveranschlagungen im Vermögenshaushalt, im Finanzplan und Investitionsprogramm auftauchen, die endgültige Finanzierung aber über den Verwaltungshaushalt abgewickelt wird. (Beispiel Umbau Stadthaus)

Die sich daraus ergebenden zusätzlichen Belastungen für den Verwaltungshaushalt müssen kompensiert werden. Es ist davon auszugehen, dass auch dem RP die Existenz der Schattenhaushalte nicht verborgen geblieben ist und die Nicht-Genehmigung des Haushalts unter anderem mit diesem von uns immer kritisierten Finanzgebahren zusammenhängt.

Ein weiterer Punkt von Bedeutung ist die diffuse Existenz von Haushaltsausgaberesten und Verpflichtungsermächtigungen – hier gibt es disponible finanzielle Ressourcen im politischen Niemandsland, die dringend eines Controllings bedürfen. Durch gezielte Finanzabflusskontrollen könnten Sparpotentiale erschlossen werden, die nicht zu Lasten der sozialen Infrastruktur gehen und damit den Handlungsspielraum für die Kommune erweitern.

2. Bäderkonzept

Die noch nicht endgültig abgeseignete Vorlage für das zukünftige Bäderkonzept der Stadt Dortmund wird von unserer Fraktion im Grundsatz positiv bewertet, da zumindest eine Chance besteht, die jetzige Bäderlandschaft zu erhalten. Das haben GRÜNE in allen Diskussionen um Spass- Sport- und Familienbäder gefordert.

Der Vorschlag, 7 Dortmunder Hallenbäder privat betreiben zu lassen, birgt selbstverständlich Risiken aber auch Möglichkeiten, die Attraktivität der Bäder zu erhöhen. Offensichtlich gibt es im Nachbarland Holland Hinweise darauf, dass familienfreundliche Bäder geschaffen werden können, ohne mit allen Funattributen moderner Spassbäder aufzuwarten. Längere Öffnungszeiten, Nachtschwimmen, Parties, Aquagymnastik und andere leicht umzusetzende Maßnahmen erhöhen das Potenzial von SchwimmbadbesucherInnen anscheinend erheblich. Dieser Weg müsste auch in Dortmund beschrritten werden. Ziel muss es sein, die Atmosphäre in den Schwimmbädern so zu verändern, dass trotz des baulichen Charmes der 70er Jahre Schwimmen wieder Spass macht.

Problematisch ist dabei die Überleitung des Personals zu einem privaten Betreiber zu bewerten bzw. die weitere Beschäftigung bei der Stadt Dortmund, wenn Personal nicht übernommen wird.

In dem bisherigen Beschlussvorschlag gibt es zwei Punkte, die aus unserer Sicht dringend modifiziert werden müssen. Zum einen darf es keinen Schließungsbeschluss auf Vorrat geben



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

(Punkt 2). Vielmehr sollte der Rat erneut befasst werden, falls die Überleitung der Dortmunder Bäder bis 2003 nicht gelingt.

Zum anderen sind die Anforderungen an den zukünftigen Betreiber (Punkt 6) genauer zu formulieren. Das Aufrechterhalten der Betriebsbereitschaft reicht nicht aus. Vielmehr müssen klare Ziele wie Familienfreundlichkeit, Ausweitung der Öffnungszeiten, Entwicklung von neuen Konzepten zur Erhöhung der Akzeptanz potenzieller BesucherInnen formuliert und die Umsetzung bei der Wahl des privaten Betreibers abgefragt werden.